

Platz i abbeck

Nr. 5, Juli 2004

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

CDU-Hinterbänkler verhindern kulturpolitischen Umbruch durch Stadtstreich

Designierter Kulturbeigeordneter Nix muss vor engstirnigen Kulturbanausen im Rat resignieren

Die Ratsgruppe bedauert die Entscheidung gegen Prof. Dr. Christoph Nix genauso wie das menschenverachtende, laienhafte und undemokratische Prozedere der CDU.

Wolfgang Breuer, kulturpolitischer Sprecher der Gruppe dazu: „Dieser tollsteigende Umgang mit der Schlüsselfigur der Kölner Künste und Kulturen ist eine plumpe Bankrotterklärung christdemokratischer Kulturpolitik. Sie hat den Ruf der Stadt schwer geschädigt und viele Kulturschaffende zutiefst verletzt.“

Die Gruppe war mit der Nacht- und Nebelaktion, in der Christoph Nix benannt wurde, nicht einverstanden, hat sich aber im Nachhinein überzeugen lassen, dass Nix aufgrund seiner Biographie und Publikationen jemand ist, mit dem sich die Gruppe eine konstruktive, demokratische Kulturpolitik von unten nach oben und umgekehrt hätte vorstellen können. Er hat überdies nie verborgen, wo er politisch steht. Allerdings: Nix lässt sich nicht vereinnahmen oder instrumentalisieren. Er versteht sich als unabhängig und orientiert sich ausschließlich an der Sache.

Zu diesem Ergebnis hätte auch die CDU vor der Benennung kommen können. Dass aber nicht einmal dieses Minimum an Professionalität bei der Kandidatenauswahl aufgebracht wurde, spricht für sich und macht die Blamage perfekt.

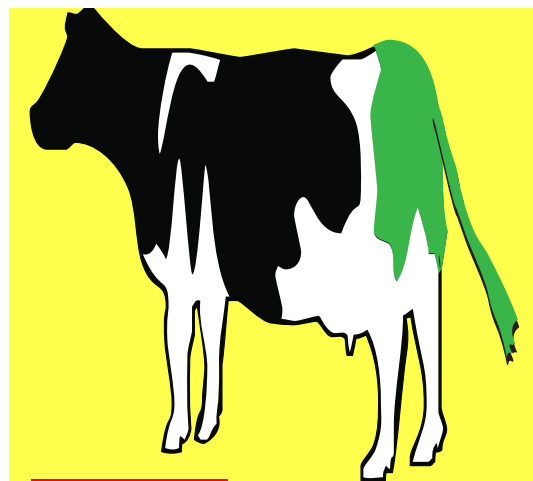
Die Gruppe missbilligt das menschliche Vorgehen gegenüber Nix, weil er schäbigerweise durch einen Pressewirbel gezwungen wurde, seine Berufung zum Rektor der FH Neubrandenburg abzusagen, noch bevor seine Ernennung beschlossene Sache war.

Hartz IV - Armutsgesetze erreichen Köln

PDS setzt sich im Rat für Rechte der Betroffenen ein

In den vergangenen Wochen sind die von SPD, CDU, Grünen und FDP trotz der Ablehnung aller Landesregierungen der neuen Länder gemeinsam getragenen Armutsgesetze zur Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe (Hartz IV) in Bundesrat und Bundestag verabschiedet worden. Rund 50.000 Menschen und ihre Angehörigen bzw. Partner (‚Bedarfsgemeinschaften‘) werden nach der zur Ratssitzung am 20.7. vorgelegten Vorlage der Verwaltung zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft in Köln davon betroffen sein: 23.500 bisherige SozialhilfeempfängerInnen, 5.200 Menschen, die bisher ergänzende Sozialhilfe zur Arbeitslosenhilfe bezogen, und fast 22.000 bisherige ArbeitslosenhilfeempfängerInnen werden in den kommenden Wochen den viel diskutierten und kritisierten umfassenden Fragebogen zur Beantragung des ALG II erhalten.

Besonders die BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe werden durch die Anwendung der verschärften Anrechnungsbedingungen für Vermögen, die einer faktischen Enteignung auch von Altersrücklagen gleich kommen, Nebeneinkünften und Partnereinkünften auf das Armutsniveau der Sozialhilfe gedrückt, bis zu 8000 von ihnen droht, wie der DGB zu Recht warnt, die völlige Einstellung sozialer Leistungen. Ihnen droht sogar der Zwangsumzug, wenn ihre bislang genutzte Wohnung von den Behörden als unangemessen teuer eingestuft wird, wofür es keine klaren Definitionen gibt. Für bisherige SozialhilfeempfängerInnen entfallen mit den geringfügig über der bisherigen Hilfe zum Lebensunterhalt liegenden Sätzen die Möglichkeit, Hilfe in besonderen Lebenslagen zu erhalten – von der aktuell umstrittenen Kostenübernahme für Verhütungsmittel durch das Sozialamt über Bekleidungs-.....➤



Kommunalwahl '04

**Eingeknickt: Da ist Nix mehr!
Wer wackelt mit wem?**

Offene Liste

PDS

Sozial und solidarisch in Köln

www.pds-koeln.de

Mehr Azubis bei der Stadt Köln

Die Initiative der PDS OL, gemeinsam mit der Beschäftigtenvertretung bei der Stadt etwas gegen die grassierende Jugendarbeitslosigkeit in Köln zu tun, hatte jetzt einen ersten Erfolg. Auf ihren Antrag fußend werden bei der Stadt Köln weitere Ausbildungsplätze im gewerblich-technischen Bereich geschaffen: statt nur zehn, sollen zum 1. September 2004 weitere sechs auszubildende einen Ausbildungsplatz bei der Stadt Köln erhalten. Ratsmitglied Jörg Detjen dazu: „Ich bin froh darüber, dass wir das gemeinsam mit der Personalvertretung geschultert haben. Durch den Ausbildungspakt stand die Stadt Köln im Wort und hat sich bewegt.“

Die Ratsgruppe hat auf diese Weise verhindert, dass die Reduzierung der Ausbildungsplätze weiter zügig fortschreitet. jöd

pauschalen bis hin zum Antrag auf Ersatz für den kaputten Kühlschrank sind solche einmaligen Leistungen der Sozialämter für sie künftig durch Bundesgesetz ausgeschlossen, und der Kommentar zu den Hartz – Gesetzen empfiehlt ihnen zynisch, von den 345 Euro monatlicher Leistung 50 Euro im Monat für solche Notfälle zurück zu legen.

Kommunen und Bundesagentur für Arbeit stehen jetzt vor der Aufgabe, die organisatorischen und technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Betroffenen zum Wirksam-Werden der Armutsgesetze am 1.1.2005 wenigstens die ihnen noch zustehenden Leistungen pünktlich erhalten. Die Vorlage der Verwaltung schlägt dazu – wie als Regelfall im Gesetz vorgesehen – die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft von städtischer Sozialverwaltung und Bundesagentur für Arbeit vor; angesichts der in den für Hartz IV richtungsweisenden Kooperation in den JobCentern tritt niemand im Rat dafür ein, die von der CDU im Bundesrat durchgesetzte Option für eine alleinige Zuständigkeit der Kommune und der von Hessens Koch damit beabsichtigten Ausdehnung von Zwangsarbeit durch die Verpflichtung zu ‚gemeinwohlorientierter Arbeit‘ für eine Aufwandsentschädigung von maximal 2 Euro ein.

Während sich die Vorlage der Verwaltung im Wesentlichen auf einen Auftrag zur Fortsetzung der Verhandlungen mit der Bundesagentur für Arbeit über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft beschränkt, will die PDS im Kölner Rat die Sitzung am 20.7. dazu nutzen, die Armutsgesetze und ihre katastrophalen sozialen Folgen anzugreifen und die Stadtverwaltung darauf zu verpflichten, die Betroffenen bei der Wahrnehmung ihrer wenigen noch verbliebenen sozialen Rechte zu unterstützen.

Aus dem Änderungsantrag der PDS Offenen Liste

Der vorliegende Antrag soll um folgende Punkte erweitert werden:

4. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufbau eines zusätzlichen unabhängigen Beratungsangebotes bei Freien Trägern zu den Rechten und Pflichten nach dem neuen SGB II zu fördern, das den künftigen Beziehern von Arbeitslosengeld II zeitnah zum Versand der Antragsunterlagen durch die Bundesagentur für Arbeit bzw. die Sozialämter zugänglich ist.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Arbeit der zu bildenden Arbeitsgemeinschaft in dem Sinne Einfluss zu nehmen, dass die rund 25.000 Bedarfsgemeinschaften von ALG II – Beziehern, die bislang als Empfänger von Arbeitslosenhilfe nicht den sozialhilferechtlichen Verfahren unterlagen, durch die Anwendung von Mietobergrenzenregelungen nicht zu Umzügen gezwungen werden können.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, auf die Ausgestaltung der Maßnahmen zur Beschäftigungsförderung durch die zu bildende Arbeitsgemeinschaft in dem Sinne einzuwirken, dass das Angebot vertraglich geregelter sozial-versicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnissen zu ortsüblichen Arbeitsentgelten als vorrangiges Ziel der Eingliederungsvereinbarungen behandelt wird. Insbesondere ist auszuschließen, dass die Verpflichtung von Leistungsempfängern zu gemeinnütziger Arbeit gegen Mehraufwandsentschädigung gegen den Willen der Betroffenen als sanktionsbegründender Tatbestand in der Regel zur Anwendung kommt.
7. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig vor Auslaufen der Übergangsregelungen für Maßnahmen der Beschäftigungsförderung nach dem alten Recht vom Juli 2005 dem Rat einen Bericht zur Weiterentwicklung kommunaler Beschäftigungspolitik vorzulegen und dabei insbesondere auch Möglichkeiten zur projektbezogenen Förderung von sozial, kulturell und ökologisch sinnvoller Beschäftigung als Alternative zu den fallbezogenen Förderungen nach SGB II zu berücksichtigen.

So fordert die PDS im Rat die Stadt auf ‚umgehend zum beginnenden Versand der Fragebögen zum ALG II eine unabhängige Beratung durch Arbeitslosenzentren und Sozialverbände zu unterstützen. Mit der Forderung, drohende Zwangsumzüge auszuschließen und so auch der Bildung neuer Elendsquartiere und sozialer Brennpunkte entgegen zu wirken, macht die PDS auch die Frage der ‚angemessenen‘ Mietkosten zum Thema kommunaler Auseinandersetzung, was angesichts des hohen Mietniveaus in Köln dringend notwendig ist.

Mit der Forderung, das Instrument der Verpflichtung zu gemeinwohlorientierter Arbeit nicht zum sanktionsbegründenden Regelfall werden zu lassen, und einen Bericht zur Lage kommunaler Beschäftigungsförderung nach dem Auslaufen der Übergangsregelungen im kommenden Frühjahr vorzulegen, will die Kölner PDS dem Druck in den Niedriglohnssektor entgegen wirken und verhindern, dass kommunale Beschäftigungsförderung durch erzwungene Arbeit ersetzt wird.

Wolfgang Lindweiler

Antibaby-Pille auch in Köln weiterfinanzieren!

Erst nach und nach werden die Bosheiten der rot-grünen-schwarz-gelben Gesundheitsreform in vollem Umfang ruckbar. Nachdem auch Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher Praxisgebühren und Zuzahlung von Medikamenten tragen müssen, wurde noch eine weitere Hiobsbotschaft bekannt. Der „Express“ berichtete am 8. Juli 2004 unter der Überschrift „Stadt spart bei der Verhütung: Vom Amt gibt's keine Pille mehr“ über die Streichung der Antibaby-Pille. In dem Artikel heißt es u.a.:

„Die Sexual-Beraterinnen (von „pro familia“, d. Verf.) berichteten von verstärkt auftretenden ‚massiven Konfliktsituationen‘ bei den Frauen, die ‚nicht selten zu Abtreibungen führen‘. Für ‚pro familia‘ ein ‚unhaltbarer Zustand, der dringend geändert werden muss‘.

Außerdem sei das Argument – die öffentlichen Kassen müssen sparen – hier

völlig unsinnig. Neben den menschlichen Dramen seien die Folgekosten weitaus höher.“

In einer Presseerklärung der Stadt Köln vom 12. Juli rechtfertigte die Dezernentin für Soziales, Senioren, Wohnen und Beschäftigungsförderung sogar diese Bundesgesetzgebung.

Dabei ist bekannt, dass zahlreiche Kommune in Nordrhein-Westfalen die Gesetzgebung anders auslegen und die Verhütungsmittel weiter zahlen, u.a. in Gelsenkirchen und Bochum. Der Sozialausschuss der Stadt Essen hat entschieden, für 2004 die Antibaby-Pille weiter zu zahlen. Die Frankfurter Rundschau berichtet am 17. Juli:

„In anderen Städten wie Berlin, Stutt-

gart, Kiel, Hamburg, Magdeburg oder München kommt weiterhin das Sozialamt für die Kosten auf – freiwillig. ‚Das ist in jedem Fall billiger als eine Abtreibung, die ja immer noch gezahlt wird‘, so ein Sprecher der Stadt München. Er beziffert die Kosten für die Verhütung, die der Kommune dadurch entstehen auf rund 130.000 Euro pro Jahr.“

Die PDS Offene Liste fordert in einer Anfrage für die Ratsitzung am 20. Juli Schwarz-Grün auf, die Verhütungsmittel als freiwillige Leistungen zumindest für dieses Jahr zu bezahlen oder den Schwangerschaftsberatungsstellen Finanzmittel zur Verfügung zu stellen, damit sie Frauen in Notlagen helfen können.

Jörg Detjen

Sozial und solidarisch in Köln!

Alternativen sind machbar!

Aus dem Kommunalwahlprogramm der PDS Offenen Liste 2004

Vorwort

Die konservativ dominierten Koalitionen im Kölner Rathaus haben sich als unsozial erwiesen: Soziale Einrichtungen und bewährte Sozialstrukturen werden zerschlagen, Bezirksrathäuser geschlossen, kommunale Steuern und Gebühren erhöht. Die Arbeitslosigkeit war in Köln in den letzten 50 Jahren noch nie so hoch wie heute. Dennoch wird die jahrzehntelange Klügel- und Klientelpolitik fortgesetzt. Die PDS Offene Liste setzt sich für ein soziales und solidarisches Köln ein. Wir wollen Integration statt Repression. Köln braucht Transparenz, Offenheit und direkte Bürgerbeteiligung.

Seit fünf Jahren ist die PDS Offene Liste im Kölner Rat und in drei Bezirksvertretungen aktiv. Alleine im Stadtrat haben wir über 400 Anträge und Anfragen gestellt. In dieser Zeit haben wir bewiesen: Die PDS Offene Liste kann etwas bewirken. Vor allem dann, wenn sie mit Initiativen, Gewerkschaften, sozialen Trägern, Studentenvertretungen und anderen außerparlamentarischen Kräften – aber auch einzelnen Menschen – eng zusammenarbeitet. Mit dieser Hilfe konnten wir eine kompetente, verlässliche und hartnäckige Politik entwickeln. In Kooperation mit anderen konnte durchgesetzt werden:

- dass die Beteiligung der städtischen Unternehmen am Entschädigungsfonds für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter;
 - das Ende der unmenschlichen Unterbringung von Flüchtlingen in Containern und Schiffen;
 - die Verhinderung des Verkaufs der GAG Wohnungen;
 - der Erhalt der grünen Lunge im Kölner Norden – ein Stopp für die Bebauung der Rennbahn in Weidenpesch.
- Mit Anträgen und Anfragen konnte die PDS Offene Liste auch im Rat und in den Bezirksvertretungen etwas verändern, z.B.:
- dass rechtliche Aufträge der Stadt Köln nicht vorrangig an Ratsmitglieder, die Rechtsanwälte sind, vergeben werden;
 - die Einführung des Zuzugsbonus für Studentinnen und Studenten, die der Stadt Köln über eine Million Euro Schlüsselzuweisungen eingebracht und die Verhinderung einer Zweitwohnungssteuer möglich gemacht hat;
 - dass das Vergaberecht auch auf ausgegliederte städtische Unternehmen angewandt wird;
 - dass die Stadt Köln sich auf der Immobilienmesse in Cannes nicht mehr mit einer Luxusjacht präsentiert;

• dass vorerst keine Cross-Border-Leasing-Geschäfte mehr abgeschlossen werden.

Nach fünf Jahren erfolgreicher Arbeit kann die PDS Offene Liste ihre Mandate ausbauen.

– 4% = 4 Ratsmitglieder = 4 sind eine Fraktion. Unser Ziel ist es, den Status einer Zweiergruppe zu überwinden und mit vier Ratsmitgliedern eine Fraktion zu werden. Der Fraktionsstatus würde ganz andere Möglichkeiten schaffen, die auch für die außerparlamentarische Opposition genutzt werden könnte – z.B. durch sachkundige Einwohner in den Ausschüssen. Eine Fraktion hat außerdem Stimmrecht in den Ausschüssen und zahlreiche andere Möglichkeiten, im Rat und in der Öffentlichkeit zu wirken. Nach dem Wegfall der 5%-Hürde wäre dann die PDS Offene Liste auch in allen Bezirksvertretungen.

– Sozial und solidarisch: Wir brauchen ein soziales Köln. Mit unserem Konzept „solidarische Stadt Köln“ treten wir dafür ein, dass die sozialen Einrichtungen und Strukturen erhalten bleiben. Schließungen müssen gestoppt und rückgängig gemacht werden. Die Arbeitslosigkeit muss reduziert, kommunale Beschäftigungsprojekte verstärkt werden, Köln braucht eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive für Migrantinnen und Migranten. Ganztagschulen müssen erweitert werden und die Horte bestehen bleiben.

– „Bürgereigentum“ erhalten. Städtisches Eigentum und städtische Unternehmen dürfen nicht privatisiert oder ausgegliedert werden. Gerade in Krisenzeiten darf das „Tafelsilber“ nicht veräußert werden. Die Gewinne der städtischen Unternehmen können für soziale und kulturelle Zwecke genutzt werden.

– Köln muss korruptionsfrei werden: Mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz. Großprojekte und Privatisierungen steigern die Korruption, vor allem dann, wenn über sie nicht öffentlich entschieden wird.

Die Kölner Ratspolitik braucht mehr Transparenz, öffentliche Entscheidungen und Bürgerbeteiligung. Dazu gehört auch eine ortsnahe Verwaltung. Die derzeit betriebene Zentralisierung durch Zusammenlegung von Bürgerämtern und wichtigen Anlaufstellen wie Sozialverwaltung und Jugendpflege behindert den Zugang zu Dienstleistungen und Informationen und erschwert die Arbeit der Bezirksvertretungen in beträchtlichem Umfang.

– Integration statt Repression. Köln braucht alle Menschen, die hier leben. Inte-

grationskonzepte sind gefragt und nicht rassistische Hetze und Ausgrenzung von Menschen, die vor Krieg und Terror nach Köln geflüchtet sind. Wir brauchen endlich ein Wahlrecht für alle Menschen, die in Köln leben.

– Gleichbehandlung. Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung sind eine wichtige Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft. Die PDS Offene Liste setzt sich darum auf allen Ebenen für eine Antidiskriminierungspolitik ein und unterstützt die Forderung des Kölner BürgerInnenforums „Vielfalt statt Diskriminierung“ nach einem entsprechenden Gesetz, in dem die Beweggründe, die für eine offene und verdeckte Ungleichbehandlung, Herabsetzung, Belästigung und Anweisung dazu herhalten müssen, benannt werden: Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Religion, Weltanschauung, soziale Herkunft oder Stellung, Behinderung, Lebensalter, sexuelle Identität, physische oder psychische Besonderheiten und genetische Merkmale.

– Kommunale Friedenspolitik ist mehr als Städtepartnerschaft. Köln soll sich den „Städten für den Frieden – Cities for Peace“ anschließen. Diese Bewegung entstand Anfang 2003 von Gemeinden in den USA, die sich gegen den Irak-Krieg wandten. Auch in Deutschland beteiligten sich eine Reihe von Städten. Schwarz-Grün lehnte einen Antrag der PDS Offene Liste zum Beitritt Kölns zu „Cities for Peace“ ab. Die Globalisierung der Weltwirtschaft erhöht das Risiko von Kriegen. Globales, solidarisches Handeln kann aber auch diejenigen Kräfte stärken, die sich für ein friedliches Zusammenleben engagieren. Deshalb arbeitet die PDS Offene Liste sehr eng mit den Kölner Friedensgruppen zusammen.

Die PDS Offene Liste setzt sich für die Kündigung der Patenschaft mit dem Kriegsschiff und Zerstörer „Köln“ ein.

Das Kölner Besuchsprogramm mit Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern ist auch ein Beitrag für den Frieden und zur Würdigung der Opfer. Deshalb muss der Ratsbeschluss eingehalten und das Programm fortgesetzt werden.

– Entwicklung der Demokratie von unten. Die PDS Offene Liste ist ein sozialistisches Bündnis. Wir haben nicht die Weisheit gepachtet, wir wissen aber: Der Kapitalismus hat nicht gesiegt. Er ist nur übrig geblieben und muss überwunden werden.

Ein demokratisches und soziales Europa wird sich nur dann entwickeln, wenn die Regionen und insbesondere die Kommunen gestärkt werden.

Der Doppel-Nix: Keine Kulturhauptstadt, kein/e Kulturdezernent/in

Die Künstler dieser Stadt sind frustriert. So frustriert, dass sie kaum noch Lust haben, den Mund aufzumachen und sich gegen die Mischung aus Despotismus, Ignoranz und Beratungsresistenz zu wehren, mit der das Duo Schramma/Moritz Kulturpolitik macht. Kaum fingen sie an, die kläglich gescheiterte Kulturhauptstadtbewerbung zu verkraften, sorgte Schramma schon für die nächste Blamage, indem er einen Unesco-Delegierten als „jemanden aus dem Libanon“ diskriminierte und im gleichen Atemzug einen neuen Kulturdezernenten aus dem Hut zauberte, der weder der Presse noch der Opposition gebührend vorgestellt worden war und von dem offenbar nicht einmal der Kulturausschuss etwas wusste.

Dieses jüngste Possenstück hat zwar unbestreitbar den Vorteil, dass es Köln wieder überall in die Schlagzeilen bringt und die Kulturhauptstadtpleite vorübergehend vergessen lässt, frei nach dem Motto: „Wir verdrängen das!“ Die Künstler haben sie allerdings nicht verdrängt. Ganz im Gegenteil. Viele ärgern sich heute schwarz, dass sie sich überreden ließen, einer der elf Expertengruppen beizutreten, die die Bewerbung in einjähriger Arbeit vorbereitet haben. Dass sie, die ohnehin jeden Cent zweimal umdrehen müssen, um in Zeiten dramatischen Kulturabbaus zu überleben, für ihren Einsatz nur Kaffee und Kuchen bekamen, während der von Schramma benannte „Chefkoordinator“, Franz Xaver Ohnesorg, ein sechsstelliges Honorar für die „Leistung“ einstrich, ihre Ideen bis zur Unkenntlichkeit zu verunstalten und in geschwollene, inhaltsleere Phrasen zu verpacken, die stilistisch unterhalb jeder Kritik sind: „Köln ist offen zu vielen Ländern Europas. Der verbindende Rheinstrom in seiner Weite ist ein starkes Symbol dafür.“

Die Stadtrevue hat die Bewerbungsschrift als „spießig“ bezeichnet und sich damit hauptsächlich auf die biedere Aufma-

chung bezogen: drei Kinder in römischer Toga und ein steifes Gruppenfoto der elf „Kulturbotschafterinnen“. Doch sie ist leider noch mehr. Sie ist schlampig und dümmlich. Enthält Druckfehler, Illustrationen mit zum Teil absurden Bildunterschriften wie „in Köln schlagen Herzen aus 181 Nationen“ zu einem Foto aufgebracht demonstrierender junger Türken. Unterschlägt ganze Bereiche der Kölner Kulturlandschaft wie etwa die Bibliotheken, das Tanzarchiv oder die Fotoszene, reduziert die Leistung der Kunst- und Fachhochschulen auf ein paar Zeilen. Kommt zu dem grandiosen Schluss, dass Musik „international“ sei und erklärt über die Stadt eines Stockhausen, Kagel oder Jürgen Klauke geradeheraus, wirkliche Avantgarde habe in ihr keinen Platz, da man hier „radikale Vorstöße“ zu „mildern“ und „dem eigenen“, also kölschen, „Geist anzupassen“ pflege, „eine Kunst weniger der ersten als der nächsten Schritte“.

Nach dem Scheitern der Bewerbung, die vor dem Hintergrund dieses Büchleins mehr als verständlich wird, wurde uns von Schramma und Vesper versprochen, dass alle Projekte und Visionen realisiert werden sollen, nun erst recht! Doch wo sind diese „Projekte und Visionen“, die die Künstler in mühseliger Arbeit entwickelt haben? Verschwunden. Verwässert. Weggedigert. Verdrängt von kölschem Vergangenheits-Pathos und obskuren Lateinlehrer-Weisheiten. Da bleiben am Ende nur noch Ideen übrig wie „Literatur an ihrem topographischen Assoziationsort“ sichtbar zu machen oder „die zwölf romanischen Kirchen mit didaktischen Mitteln zu einer Wanderung auf mittelalterlichen Spuren“ zu verknüpfen.

Und diese Realsatire hat uns nun eine Millio Euro gekostet. Eine Million Euro, die der Kunstszene dieser Stadt verloren gehen. Die SK-Stiftung Kultur, eine der Hauptsponsorinnen der Bewerbung, reagiert be-

reits mit drastischer Mittelkürzung und lehnt bescheidene, aber zukunftsweisende Projektanträge ab, wie etwa die Reihe „Kinder lesen für Kinder“ im Mülheimer Kulturbunker oder eine Ausstellung über Leben und Werk des jiddischen Dichters Itzik Manger.

Was jetzt Not täte, wäre konzertierte Selbstkritik, wäre eine Entschuldigung bei den elf Expertengruppen, die sich mit Recht hintergangen und getäuscht fühlen, wäre offene und schonungslose Aufklärung darüber, wie so ein unprofessionelles Werk überhaupt gedruckt werden konnte in einer Stadt, in der „über 250 Verlage“ und hochkarätige Autoren und Journalisten ansässig sind. Aber da solche Trauerarbeit von Moritz und Schramma nicht zu erwarten ist, stürzen sie sich lieber gleich ins nächste Millionenprojekt, den neuen Kammermusiksaal, noch ehe das Schicksal des „Lochs“ am Neumarkt überhaupt feststeht.

Wer immer der neue Kulturdezernent sein wird und wie fragwürdig das Prozedere seiner Benennung: Eine seiner ersten Aufgaben wird es sein, die düpierten Kölner Künstler an einen Tisch zu rufen, ihre für die Bewerbung entwickelten Ideen erneut abzufragen und sie demokratisch in kulturpolitische Entscheidungsprozesse zu integrieren. Nur so könnte eine Rückkehr zu zivilisierten Umgangsformen erreicht werden, an die viele Künstler dieser Stadt bereits nicht mehr glauben.



Eva Weissweiler, Schriftstellerin, und parteilose Kandidatin der PDS Offenen Liste

Bitte kostenlos schicken



Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuenburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

- Ich möchte den Platzjabbek zugeschickt bekommen
 Mehr Informationsmaterial zum Thema:

- Ich möchte in den nächsten Monaten an den Aktivitäten der PDS Offene Liste teilnehmen

Absender/in:
Name: _____
Vorname: _____
Straße: _____
PLZ _____ Ort _____

An die PDS-Offene Liste
im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3
Postfach 103 564
50475 Köln